

Die SPD-Fraktion begründet ihren Antrag zur Anschaffung von Raumluftfiltern.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt der SPD-Fraktion zu, dass insbesondere zum Schutz der Kinder, für die keine Impfmöglichkeit besteht, weitere Luftfiltergeräte als die, die bereits von der Verwaltung beschafft wurden, angeschafft werden sollen. Die Stadt Meckenheim sieht sie als Schulträgerin bzw. Trägerin der städtischen Kitas in der Pflicht, zum Schutze der Jüngsten präventiv tätig zu werden. Sie stimmt dem Antrag der SPD-Fraktion jedoch nicht im Ganzen zu und beantragt folgende Änderung:

Ergänzung von Punkt 1: Hierfür soll eine erneute Begehung aller Räumlichkeiten gemeinsam mit Vertretenden der Verwaltung, der Einrichtung, den jeweiligen Eltern sowie - an den weiterführenden Schulen - der Lernenden durchgeführt werden.

Ergänzung von Punkt 2: für die Räume, in denen ein Querlüften nicht möglich ist, und installiert diese.

Änderung von Punkt 3: Um auch solche Räume, die nicht unter das Förderprogramm II des Landes NRW fallen, mit Luftfiltergeräten ausstatten zu können, wird die Verwaltung beauftragt mit den Fördervereinen der jeweiligen Einrichtung über Möglichkeiten einer Unterstützung der Finanzierung zu verhandeln. Zur Deckung der weiteren Kosten wird die Verwaltung ferner beauftragt zu prüfen, welche der im Haushalt für das Jahr 2021 gestellten Mittel durch die noch nicht erfolgte Genehmigung des Haushaltes durch die Kommunalaufsicht, nicht mehr ausgabenwirksam werden und einen Vorschlag zur Umwidmung zu unterbreiten.

Die UWG-Fraktion befürwortet den Antrag der SPD-Fraktion in den Bauausschuss zu vertagen, da in der Fraktion das technische Fachwissen nicht vorhanden ist.

Die CDU-Fraktion verweist auf die Empfehlungen des Bundesumweltamtes und sieht den besten Schutz für die Kinder in der Impfung gegen das Corona-Virus und dem regelmäßigen Lüften der Klassen- bzw. Schulräume. Zur Überprüfung der Raumlufthqualität empfiehlt sie die Anschaffung und Nutzung von CO₂ Warngeräten. Wenn die Räume nicht ausreichend durchgelüftet werden können, sollten Raumluftfilter eingesetzt werden. Ratsmitglied Leupold berichtet aus seiner Erfahrung als Schulleiter über den positiven Einsatz von CO₂ Warnampeln. Daraus resultierend stellt die CDU-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. für alle Klassenräume und alle Gruppenräume in den Kitas CO₂ Warngeräte zu beschaffen und zu installieren. Für die Deckung der Kosten sind Mittel aus der Gebäudeunterhaltung für die einzelnen Schul- und Kitagebäude in Anspruch zu nehmen.
2. Mit den Schulleitungen und Schulpflegschaften den Einsatz von Raumfiltern in den Klassenräumen zu besprechen, den konkreten Bedarf zu ermitteln und anschließend in dem Fachausschuss zu berichten.
3. Bei Neubauten und umfangreichen Sanierungsmaßnahmen in Schulen und Kitas den Einbau von geeigneten Raumlüftungsanlagen zu prüfen.

Die Verwaltung empfiehlt den Antrag nicht in den Ausschuss für Bau, Wirtschaftsförderung und Tourismus zu vertagen, sondern in der aktuellen Ratssitzung zu beschließen und äußert die Empfehlung, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Änderungsantrag mit der SPD-Fraktion abstimmen sollte. Diese Empfehlung spricht sie allgemeingültig für alle Fraktionen aus, damit im besten Fall eine Einigung im Vorfeld einer Sitzung erzielt werden kann.

Die Verwaltung berichtet über die Informationen aus den Fachausschüssen. Das Lüftungsprogramm des Landes bezuschusst Raumfilteranlagen für Räume der Kategorie 2, in denen ein Quer- oder Stoßlüften nicht möglich ist. Räume der Kategorie 1 sind Räume, die bereits eine Filteranlage haben oder die gut zu lüften sind. Für diese Räume wird vom Bundesumweltamt ein zusätzliches Luftreinigungsgerät als nicht notwendig angesehen. Schul- und Fachräume der Kategorie 2 wurden bei der ersten und zweiten Begehung (vor den Sommerferien) aller Schulen und Kitas nicht identifiziert. Die Einrichtungen wurden im Zuge der zweiten Begehung nochmal abgefragt, ob ein Bedarf an Filteranlagen bestehe. Zwei Anträge aus zwei weiterführenden Schulen für Luftfiltergeräte wurden eingereicht und diese Geräte wurden entsprechend angeschafft. Weiterhin wurden 70 CO₂ Warnampeln - pro Schule 10 Stück - angeschafft, um in den kälteren Monaten gezielt lüften zu können.

Die SPD-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird daraufhin für fünf Minuten unterbrochen.

Die UWG-Fraktion zieht ihren Antrag zur Vertagung des Beschlusses zurück.

Die SPD-Fraktion verteidigt ihren Antrag und erläutert, dass es trotz der vielseitigen Maßnahmen der letzten Monate häufig zu Klassen- bzw. Gruppenschließungen gekommen sei. Dies mache es notwendig das Beste und Möglichste gegen das Ansteckungsrisiko in Schulen und Kitas vorzunehmen. Des Weiteren übernimmt sie den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und stellt folgenden gemeinsamen Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig den Bedarf an Raumfilteranlagen (mobile Luftfilter) im Sinne der Ziffer 4.1 der Richtlinie zur Förderung von Ausgaben zur Verbesserung des Infektionsschutzes durch technische Maßnahmen in Einrichtungen für Kinder unter 12 Jahren an den Schulen sowie den KiTas zum Schutz der Lernenden vor dem Corona-Virus zu ermitteln. Hierfür soll bis zu Beginn der Herbstferien 2021 eine erneute Begehung aller Räumlichkeiten gemeinsam mit Vertretenden der Verwaltung, der Einrichtung, den jeweiligen Eltern sowie - an den weiterführenden Schulen - der Lernenden durchgeführt werden.
2. Die Verwaltung beschafft im Rahmen einer Dringlichkeit die Anzahl der notwendigen Raumfilteranlagen für alle Schul- und Kitaräume in Meckenheim für die Räume in denen ein Querlüften nicht möglich ist und installiert diese.
3. Um auch solche Räume, die nicht unter das Förderprogramm II des Landes NRW fallen, mit Luftfiltergeräten ausstatten zu können, wird die Verwaltung beauftragt, mit den Fördervereinen der jeweiligen Einrichtung über Möglichkeiten einer Unterstützung der Finanzierung zu verhandeln. Zur Deckung der weiteren Kosten wird die Verwaltung ferner beauftragt, zu prüfen, welche der im Haushalt für das Jahr 2021 eingestellten Mittel

durch die noch nicht erfolgte Genehmigung des Haushalts durch die Kommunalaufsicht, nicht mehr ausgabenwirksam werden und einen Vorschlag zur Umwidmung zu unterbreiten.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimmen 15 (SPD, Grüne)Nein-Stimmen 24 (CDU, BfM, FDP)

Enthaltungen 2 (UWG)